

## **Kräftemessen im Bauamt: Bürger reichen im IWF-Verfahren über 1000 Stellungnahmen ein**

Das Göttinger Bauprojekt IWF/Nonnenstieg zeigt sich immer mehr als das umstrittenste Planungsvorhaben, das die Universitätsstadt in den letzten Jahrzehnten erlebt hat.

Da sich die Stadt seit 2012 weigert, auf die Anwohner zuzugehen und Kompromisse anzubieten, vor allem was die viel zu hohe Bebauungsdichte und die massive Naturzerstörung angeht, provozierte sie nun einen regelrechten Arbeitskampf mit den Bürgern in einem vorher nie gekannten Ausmaß.

Zur Auslegung des Bebauungsplans haben 99 Personen, meist Familien aus der Nachbarschaft des IWF-Geländes, insgesamt 1018 Einwände gegen Planungsdetails eingereicht. Üblich sind in umstrittenen Bauvorhaben ein paar Dutzend. Die Verwaltung ist verpflichtet, jeden solchen Einwand inhaltlich zu prüfen.

"Die Bürger akzeptieren es nicht, bei der Gestaltung ihrer Stadt alleine nachrangig beteiligt zu werden, sondern wollen frühzeitig selbst Einfluss nehmen. Bislang wurden wir nicht ernst genommen" so BI-Sprecherin Elizabeth Gregorius. "Vielleicht hat die Stadt die Kompetenz und Verantwortungsbereitschaft der Bürger erheblich unterschätzt."

Die 1018 Stellungnahmen wurden von der Verwaltung 234 Themengebieten zugeordnet. Ähnlich oder gleich lautende Einwände wurden zusammengezogen und danach 428 inhaltsbezogene Bescheidungsvorschläge abgefasst - eine unglaubliche Arbeit, die seit Januar 2014 tausende von Arbeitsstunden gekostet haben muss und die den hohen Respekt unserer Bürgerinitiative verdient. Es schmälert die Arbeit der Verwaltung nur wenig, dass sie in 40 der 428 Fälle keine inhaltliche Prüfung vornahm und einfach darauf verwies, der Vorschlag sei nicht Gegenstand des Planverfahrens.

Aber auch die Bevölkerung vor Ort hat ungezählte Arbeitsstunden investiert: alleine die ausgedruckten Stellungnahmen der Öffentlichkeit belaufen sich auf 1055 Seiten und übertreffen somit noch die Leistung der Verwaltung, die es zusammen mit den Gutachten auf 729 Seiten bringt.

Die Bandbreite an Themen reicht von Wünschen zu geringerer Baudichte, ansprecherem Baustil und besserer Nutzung der Gebäude (38 % der Einwände) über Naturschutz (22 %), Verkehr (14 %) und Lärm (3 %) bis hin zu Gartenbau (7 %) und Verfahrensfragen (15 %). 1840 Seiten liegen nun am 23.10.2014 dem Bauausschuss des Stadtrates zur Begutachtung vor.

Die Zahlen sprengen alle Rekorde und spiegeln in dieser Höhe nicht nur die im Detail schlechte Qualität der Planung wider, sondern auch die krasse Fehleinschätzung der Stadt, die Bevölkerung vor Ort stelle keine ernst zu nehmende Interessengruppe in einer Bauplanung dar. Wir kritisieren schon seit längerem, dass die Stadt viel zu einseitig die Interessen des Investors vertritt.

"Eine enge Hochhaussiedlung dieses massiven Ausmaßes so nahe an der Straße auf Kosten des Waldes lehnen die Bürger als Fehlplanung ab", so Elizabeth Gregorius. "Die vernichtende Kritik bei der Vorstellung der Planung vor zwei Jahren hat Verwaltung und Rat leider nicht davon abgehalten, eisern und starr an den Plänen festzuhalten. Die Hauptforderungen lösen sich nicht von alleine auf: die neue Bebauung muss sich in unser Viertel einfügen, der Wald darf nicht gerodet werden, die Bäume müssen ordentlich kartiert und das keiner Prüfung standhaltende Verkehrsgutachten neu ausgearbeitet werden."

Das **Resultat der Abwägungen** veranschaulicht bestens das bisherige Verhalten der Stadt ihren Bürgern gegenüber. So unglaublich es klingt: nur einem einzigen der über 400 inhaltlichen Einwände wurde zugestimmt - dies entspricht einem verschwindend geringen Anteil von 0,2 %. Mehr kann eine Stadtverwaltung ihre eigene Bevölkerung wohl kaum demütigen.

"Befindet sich ein solches Verhalten im Einklang mit guter demokratischer Praxis?", fragt Elizabeth Gregorius.

Unter den abgelehnten Vorschlägen finden sich auch so einfach zu erfüllende Wünsche, wie einen botanischen Namen korrekt zu schreiben, einen Bordstein abzusenken, einen Radweg abzumarkieren oder eine hochgezüchtete Pflanze aus einer Liste gegen eine einheimische Art zu ersetzen.

Grundsätzlich vermeiden Konfliktparteien, es auf ein wirkliches Kräfteressen ankommen zu lassen. Normalerweise wird frühzeitig sondiert, Eskalationen und Arbeitskämpfe werden meist vermieden. Genau aus diesem Grund sind im Baugesetz frühzeitige Bürgerbeteiligungsverfahren vorgesehen. Was in Göttingen derzeit passiert, ist die Ausnahme.

Raumplanung hat in einer westlichen Demokratie immer auch damit zu tun, Interessen auszugleichen und das Einverständnis aller Interessengruppen zu suchen.

In Niedersachsen können Bürger nicht wie in Bayern, Hessen und anderen Ländern einen Bürgerentscheid in einem Bauverfahren herbeiführen. Das sollte aber nicht so gedeutet werden, dass sie sich nicht andere Druckmittel suchen können.

Es liegt auch sicherlich nicht im Interesse der Stadt, sich durch Starrsinn und Unnachgiebigkeit eine von Jahr zu Jahr immer besser darin ausgebildete Bevölkerung heranzuziehen, Bauprojekte möglichst effizient zu behindern und zu verzögern. Am Groner Tor wartet schon der nächste Fall.

Für die *Nonnenstieg-Bürgerinitiative*,

Francisco Welter-Schultes, Pressereferent

E-mail Sprecherin (Elizabeth Gregorius): [sprecherin@nonnenstieg-buergerinitiative.de](mailto:sprecherin@nonnenstieg-buergerinitiative.de)

E-mail Pressereferent: [fwelter@gwdg.de](mailto:fwelter@gwdg.de)

Homepage: [www.nonnenstieg-buergerinitiative.de](http://www.nonnenstieg-buergerinitiative.de)